habe ihn motiviert, selbst Arzt zu werden. Studiert und promoviert hat er in der nordtunesischen Hafenstadt Sousse. Wer Boubakri aus seinem Heimatland erzählen hört, dürfte mit größerer Milde auf das deutsche Gesundheitssystem blicken. Die Versorgung in Tunesien zerfällt in einen gut ausgestatteten Privatsektor und die staatliche Grundversorgung.

Tunesische Zustände

„Die Privatpraxen arbeiten ausschließlich für Privatzahler“, erzählt Boubakri. Die freien hausärztlichen Zentren an den Ambulanzen der Kliniken haben ein deutlich schmaleres Leistungsspektrum. Hier hat er bereits gearbeitet. „Da gibt es nur die Basisversorgung. Das heißt: Auf ein CT warten Sie zwei bis drei Monate“, berichtet er.

Inzwischen fährt er allein auf Hausbesuch

Nun also Sittensen, eine Gegend, die wie viele in Niedersachsen unter dem Hausärztemangel leidet. Gewiss – nicht alle Patienten möchten sich von Boubakri behandeln lassen. Und, ja, es gebe auch Ressentiments. Boubakri erwähnt diesen Umstand aber in stoischer Gelassenheit. „Es kommt vor allem auf die Sprachkenntnisse an“, sagt er. Das schafft Vertrauen.

Nach mehr als einem Jahr Sittensen spricht Boubakri sehr differenziert. Inzwischen fährt er allein auf Hausbesuch, immerhin versorgt die Praxis Patienten in einem Umkreis von 15 Kilometern. Und wenn trotz allem die Sprachkenntnisse noch nicht reichen, kann Boubakri immer noch die Chefs per Telefon konsultieren.

Christian Beneker

Aktuelle Urteile

© fotomek / fotolia.com

Umzug in überversorgten Stadtteil nicht möglich

Ein Praxissitz kann höchstens in Ausnahmefällen von einem unterversorgten in einen überversorgten Stadtteil verlegt werden. Das hat jetzt das Bundessozialgericht entschieden. Es sei der Wille des Gesetzgebers, die Genehmigung für eine Praxissitzverlegung vom Versorgungsgrad abhängig zu machen. Damit scheiterte eine Psychotherapeutin, die ihre Praxis nach einem halben Jahr in Berlin-Neukölln (Versorgungsgrad: 83,7%) nach Tempelhof-Schöneberg (344%) verlegen wollte. Die Bundesrichter stellten mit ihrem Urteil klar, dass die KV die Entscheidung mit Bezug auf den Versorgungsgrad treffen dürfe und müsse.

fl/chy

■ BSG, Az.: B 6 KA 31/15 R

Hier steht eine Anzeige.